„Ich kritisiere latente Kriminalisierung"

Thomas Kühne, Leiter der IHK-Geschäftsstelle in Rüdersdorf, zu Debatten um Vattenfall

Der Leiter der IHK-Geschäftstelle Rüdersdorf, Thomas Kühne, verfolgt die Diskussionen um die Änderungsanträge von Vattenfall. Bei der Bürgerversammlung auf Einladung von Bürgermeister André Schaller war er vor Ort. MOZ-Redakteurin MARGRIT HÖFER **sprach mit dem Erkneraner.**

Herr Kühne, Sie betrachten die Diskussionen um Vattenfall mit Sorge. Warum?

Thomas Kühne: Ich befürchte einfach, dass hier ein wichtiger Industriestandort unberechtigt immer und immer wieder einer Umweltkritik ausgesetzt wird. Rüdersdorf ist einer der wenigen übrig gebliebenen Industriekerne Brandenburgs. Nach der Wende hat eine beispiellose De-Industrialisierung stattgefunden. Doch Rüdersdorf hat das Ganze fast unbeschadet, sogar gestärkt überstanden und ist ein struktureller Leuchtturm in der Region.

Woran machen Sie das fest?

Wer diese Region aus Ostzeiten kennt, weiß, wie viele Millionen D-Mark/Euro hier investiert wurden. Die Umwelt-, Arbeits- und Lebenssituation und -qualität der Bürger wurde wesentlich verbessert.

Dennoch hält sich hartnäckig der Spruch: Wo Dreck ist, kommt auch wieder Dreck hin. Wie reagieren Sie darauf?

Wir haben hier in Deutschland im internationalen Vergleich sehr strenge Umweltgesetze. Alles, was hier in der Region, in den Firmen passiert, wird permanent überwacht und kontrolliert. Darüber hinaus haben sich beispielsweise Cemex und auch Vattenfall EMAS-zertifizieren lassen.

Warnt vor Unterstellungen: Thomas Kühne, Chef der IHK in Rüdersdorf Foto: MOZ/Margrit Höfer

Was ist das?

Das ist die Fortführung des europäischen Ökoaudits, also eine freiwillige Verpflichtung von Unternehmen, sich extern überwachen zu lassen. Das bedeutet, dass sich diese Unternehmen verpflichtet haben, über den gesetzlichen Rahmen hinaus Umweltziele zu erreichen und Umweltstandards zu verbessern. Jedes EMAS-zertifizierte Unternehmen veröffentlicht Umweltberichte, die übrigens wiederum von unabhängigen Gutachtern geprüft und bestätigt werden.

Das heißt, die Kritik der Bürger an Vattenfall ist Ihnen völlig unbegreiflich?

Es ist das gute Recht der Bürger nachzufragen. Allerdings ist die Kritik in weiten Teilen überzogen. Die Kritiker sollten nämlich bitte auch die Fakten zur Kenntnis nehmen. Und dazu gehört, dass die Unternehmen in Rüdersdorf seit der Wende sehr viel in den Umweltschutz investiert haben und dass alle Standards – soweit wir wissen – eingehalten werden. Und zu den Fakten gehören 1000 Arbeitsplätze auch in Nachfolgefirmen und damit eine entsprechende Kaufkraft, die den hiesigen Händlern und Dienstleistern zugute kommt … Es wäre der Todesstoß für die Region, wenn sich aufgrund der Inakzeptanz durch die Bevölkerung die Unternehmen entschlössen, ihre Werke zu schließen.

Was ist Ihre Hauptkritik an der Diskussion?

Was ich kritisiere, ist die latente Kriminalisierung sowie die Unterstellung, dass gesetzliche Vorgaben unterlaufen werden und es Manipulationen bei der Überwachung gibt. Wer so etwas tut, sollte seine Behauptungen auch beweisen können. Die negative Stimmung ist das Problem. Ich beobachte eine fortschreitende Technikfeindlichkeit. Doch diesem technischen Fortschritt hat Deutschland seinen Wohlstand und seine Wettbewerbsfähigkeit zu verdanken.

Was halten Sie von den von der Gemeinde und den Bürgerinitiativen geforderten Messcontainern?

Finde ich toll. Ich habe mit mehreren Mitgliedsunternehmen gesprochen und keines war dagegen. Am Standort befand sich ja bereits ein Messcontainer, dessen Messwerte keinen Anlass zur Sorge lieferten. Eine solche Anlage kann einen wichtigen Beitrag zu Transparenz und sachlicher Diskussion liefern.

Und wie stehen Sie zu dem humantoxikologischen Gutachten?

Auch das Ansinnen kann ich verstehen. Doch mit Unverständnis reagiere ich auf solche Behauptungen wie die von Gutachter Koch, dass die Westwinde, die aus Berlin kommen, die Region belasten. Das ist nicht plausibel und blieb auch völlig unbewiesen. Ich kann umgekehrt die Unternehmen verstehen, die sagen, dass sie sich nicht an diesem Gutachten finanziell beteiligen wollen. Denn sie halten die gesetzlichen Vorgaben ein und es geht über die einzelbetrieblichen Belange hinaus.

Welchen Rat hätten Sie an Bürger und die jetzt gebildeten Initiativen?

Eigentlich nur einen Hinweis: Wer die Befürchtung hat, dass die gesetzlichen Vorgaben beim Schadstoffausstoß ungenügend sind, sollte sich an die demokratisch gewählten Parlamente in Bund und Europa wenden. Dort werden Gesetze gemacht, deren Grenzwerte auf wissenschaftlicher Grundlage festgelegt werden Wenn es hier Sorgen gibt, dann ist das ein gesamtgesellschaftliches Problem, das diskutiert werden sollte